

Bisamberg und Klein-Engersdorf

NÖ Tour mit Sven Hergovich und Markus Marterbauer

Die NÖ-Plan-Tour startete in Krems mit Finanzminister Markus Marterbauer und Kontroll-Landesrat Sven Hergovich. Dabei konzentrierten sich auf die aktuelle Krisen. Der NÖ Plan, gemeinsam mit 114 ExpertInnen entwickelt, bietet konkrete Lösungen für brennende Probleme in Niederösterreich. Im Energiebereich müssen die Landesversorger stärker in die Verantwortung genommen werden. Preiskontrollen und die Anpassung des Kartellrechts sind erforderlich, um Preistreiberei zu verhindern. Mar-



terbauer hob hervor, dass aus der Energiekrise 2022 gelernt wurde: Frühzeitiges Eingreifen, Versorgungssicherheit und Begrenzung von Gewinnspan-

nen gehören ebenso dazu wie konsequente Betrugsbekämpfung im Steuerwesen www.noetigfuerno.at

1. Mai, Tag der Arbeit im Bezirk



Dieser Tag für Solidarität und Gerechtigkeit wurde in Korneuburg und Stockerau, bei großartiger Stimmung und strahlendem Wetter begangen. Auch unser Vizekanzer Andreas Babler stattete uns einen Besuch ab und hielt eine eindrucksvolle Rede.



Gemeinden und regionale Wirtschaft beleben, bessere Infrastruktur – so einfach geht's

Die Hälfte aller Gemeinden pfeift aus dem letzten Loch. Warum? Weil die Einnahmen fehlen, aber die Bundesländer immer höhere Beiträge verlangen (Gesundheit, Pflege, Kindergarten, Schule). Deshalb wird auch immer wieder über eine angepasste Einhebung der Grundsteuer diskutiert. Die Grundsteuer wurde zuletzt 1985 angepasst (das wäre bei der Familienbeihilfe undenkbar). Für jede Steuerzahlerin und jeden Steuerzahler wären das durchschnittlich 8 Euro mehr pro Jahr. Dafür müssten die Gemeinden nicht mehr Geld von Familien verlangen oder Leistungen kürzen. Mit einer Anpassung der Grundsteuer könnten die Gemeinden schuldenfrei wirtschaften und



hätten wieder Geld, um im eigenen Ort zu investieren (Infrastruktur, sozialen Wohnbau, Erhaltung und Erneuerung von Freizeiteinrichtungen, ÖFFI-Ausbau, etc.). Alle Bürgermeister in Österreich und die Gemeindevertreterverbände sind für eine Anpassung der Grundsteuer. Woran scheitert es? An den Bundesländern. Sie wollen, dass die Gemeinden weiterhin Bittsteller sind, und beim Land um Subventionen betteln müssen. Der Finanzminister der SPÖ ist für

die Anpassung der Grundsteuer. Diese Maßnahme würde auch die Verschuldung Österreichs verringern und die regionale Wirtschaft durch Gemeindeinvestitionen stärken. Hier braucht es eine große Reform, der Föderalismus in Österreich ist teuer und ein Klotz am Bein bei Fortschritt und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Bundesländer sollten einlenken, denn der Gedanke an eine Einsparung der Landesregierungen besteht bereits. Viele meinen diese Verwaltungseinheit seien unnötig und könnten durch drei Regionalverwaltungen (West, Mitte, Ost) ersetzt werden. Wir alle würden uns Milliarden Euro an Kosten ersparen.

Der VCÖ hat sich zwei SPÖ Themen angenommen

Radwege und Bushaltestellen wurden vom VCÖ (Verkehrsclub Österreich) überprüft und erhebliche Mängel in Bisamberg und Klein-Engersdorf festgestellt. Bitte teilen Sie den Link zur Österreich-Online-Karte mit Familie und Bekannten: <https://map.vcoe.at> Fehlende oder unsichere Radwege (Korneuburger Straße, Hauptstraße Richtung Flandorf) bzw. nicht als Radwege taugliche Wege (Schießbergweg) wurden beanstandet.

Bei den Haltestellen zeigt sich ein ebenso tristes Bild. An drei Haltestellen in Bisamberg



(Otto-Traun-Gasse, Weintorgasse, Lavendelweg) auf der Linie 850 und in der Kaiserallee (Ortsgebiet Korneuburg). Keine Barrierefreiheit, kein Regenschutz, kein Hitzeschutz an drei Haltestellen in Klein-Engersdorf (Firma Blaha, Klein-Engersdorf Schießbergweg, Klein-Engersdorf Schottenbreite, Klein-Engersdorf Flandorferweg) bzw. Hagenbrunn Abzw. Veiglbergsiedlung sowie eine barrierefreie Gestaltung, um die Haltestellen für alle nutzbar zu machen. Die SPÖ setzt sich seit über 15 Jahren für Verbesserungen ein, die ÖVP hat bisher leider

nicht eingelenkt und noch keine nennenswerten Verbesserungen in den o.a. Bereichen zugelassen. Wir werden uns dies Thema weiter annehmen und schlagen vor über Crowd-Funding Maßnahmen mit Werbeangeboten nachzudenken.



OFFEN GESAGT
von
Martin Kernreiter
martin.kernreiter@aon.at
06509630728

FPÖ Landesregierung in unserem Bezirk, vor allem in Klein-Engersdorf. Die für Juli 2026 angekündigte Leopoldioffensive wird tatsächlich erst im Jahr 2027 starten. Zwar wurde zugesichert, dass bis dahin alles wie gewohnt weiterläuft, jedoch kursieren Gerüchte, wonach die Städte Korneuburg und Stockerau ihre Zahlungen einstellen möchten. Dies könnte dazu führen, dass ab Juli 2026 das Anrufsammeltaxi im Bezirk Korneuburg - trotz steigender Fahrgastzahlen - vorerst eingestellt wird. Wie soll es mit der Ausschreibung und dem Anrufsammeltaxi weitergehen? Welche Pläne verfolgt das Land diesbezüglich? Warum wird das Angebot von den Gemeinden weiterhin als Leopoldisammeltaxi beworben, ohne dass die Bevölkerung darüber informiert wird? Die Bürgermeister - insbesondere der größeren Städte - machen es sich scheinbar leicht.

Leopoldi Anrufsammeltaxi

Wie sowohl während einer Sitzung des Gemeinderats als auch in verschiedenen Medien berichtet wurde, kam es im Rahmen der Buslinien-Ausschreibung des Landes zu einem Einspruch. Ein unterlegener Bieter hat diesen Einspruch eingereicht und das zuständige Gericht hat ihm Recht gegeben. Die FPÖ Niederösterreich ist scheinbar nicht in der Lage, eine ordentliche Ausschreibung von Buslinien durchzuführen. Es gibt seit der Übernahme des Mobilitätsressorts durch die FPÖ in Niederösterreich viele große Ankündigungen, aber derzeit nur Verschlechterungen der Mobilität durch die ÖVP/



Zurück bleibt der Fahrgast, der auf das Angebot angewiesen ist. Zunächst wurde der öffentliche Nahverkehr ausgedünnt und auf den Ausbau der Micro-Mobilität verwiesen. Nachdem der Nachtbus bereits eingestellt wurde, steht nun auch das Sammeltaxi vor dem Aus. In Klein-Engersdorf gibt es zwar mittlerweile ein modernes Buswartehäuschen, doch am Wochenende fehlt sowohl der Bus als auch das Anrufsammeltaxi. Das neue Leitspital kommt nach Stockerau, da müssen sich die Verantwortlichen sowieso in den Gemeinden, im Bezirk und im Land wohl neue Lösungen überlegen.

Gesundheitsversorgung wird umstruktuiert!

Kirchturmdenken und Klagsdrohungen aus Niederösterreich bringen den Menschen keine schnelleren Arzttermine oder raschere Operationen. Die ursprünglich geplante Schließung der Spitäler in Korneuburg, Stockerau und Hollabrunn und dann eines irgendwo in die grüne Wiese zu stellen wurde verworfen. Das neue Leitspital entsteht in Stockerau, nahe dem Bahnhof und der Autobahnabfahrt, und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Auch die Autobahnabfahrt ist daneben. Die bestehenden Spitäler bleiben bis zur Eröffnung des neuen Klinikums mit 700 Betten und 100 Ambulanzbetten erhalten. Das Klinikum bietet Spezialisie-



rungen für die Region und bleibt Partner des Landeskrankenhauses Mistelbach, dessen Leistungsspektrum unverändert bleibt. Arbeitsplätze bleiben erhalten. Begleitend entsteht in Hollabrunn ein Gesundheits- und Pflegecampus mit insgesamt 288 Betten sowie ergänzenden Einrichtungen. Außerdem wird dort ein Ambulatorium mit fachärztlichen

Leistungen und einem Frauengesundheitszentrum eingerichtet. Von der ÖVP und FPÖ würden wir uns mehr Einsatz für den Erhalt der Geburtsklinik Korneuburg erwarten, der Einsatz beider Parteien für die Klinik in Korneuburg ist eher enttäuschend. Korneuburg erhält einen neuen Ausbildungscampus; die bestehende Klinik wird entsprechend angepasst. Die Landesregierung sollte ehrliche Gespräche mit Wien über Finanzierungsbeiträge führen, um die Versorgung im Bezirk bis dahin zu verbessern. Niederösterreich muss sich entscheiden, ob Geld für Kreisverkehre oder für den Ausbau der Gesundheitsversorgung eingesetzt wird.



Faschingstreiben!

Am Faschingsdienstag fand erneut das traditionelle Bisamberger Narrentreiben statt. Wie jedes Jahr war die Veranstaltung ein buntes Spektakel, das zahlreiche Besucherinnen und Besucher aus Bisamberg und den umliegenden Gemeinden anzog. Die teilnehmenden Gruppen sorgten für ausgelassene Stimmung und viel Freude bei Groß und Klein. Auch wir waren mit einer kleinen Gruppe wieder dabei und genossen die fröhliche Stimmung in vollen Zügen.

Osterverteilkaktion

Vor dem Osterwochenende verteilten unsere Funktionäre der SPÖ Bisamberg wieder rote Ostereier und überbrachten Osterwünsche an die Bürger. Elisabeth Prohaska und Adrian Kainz trafen unser beliebtes Bisamberger Original Ferdinand Jani, der wie immer eine gute Geschichte zu erzählen hatte.



Martin Kernreiter, Ferdinand Hauer, Franziska Rausch, Elisabeth Prohaska und Johann Strem beim Bisamberger Narrentreiben

Aktivitäten der Kinderfreunde Bisamberg!

Kinderfaschingsball

Die Veranstaltung war erneut ein voller Erfolg und begeisterte alle Beteiligten. Unsere Gäste, darunter zahlreiche Kinder und Erwachsene, hatten großen Spaß und wurden durch die Animation der Kinderfreunde bestens unterhalten.



Der Kasper in Bisamberg

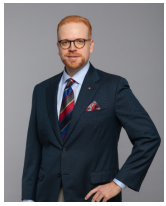
Die Puppenbühne Amadeus gastierte erneut in Bisamberg und brachte zwei mitreißende Kasperstücke auf die Bühne. Dank der engagierten Organisation durch die Kinderfreunde Bisamberg wurden die jüngsten Besucherinnen und Besucher bestens unterhalten.

1000 Bäume Challenge der Kinderfreunde!



Im Rahmen der Kinderfreunde-Klimakampagne hat die Ortsgruppe einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Eine engagierte Abordnung der Kinderfreunde Bisamberg machte sich mit Spaten und viel Enthusiasmus auf den Weg und pflanzte im Zuge der 1000 Bäume Kampagne eine Felsenbirne in einem wunderschönen Naturgarten am Bisamberg. Die Aktion war Teil einer österreichweiten Initiative, bei der Ortsgruppen eingeladen wurden, selbst Bäume zu pflanzen und somit gemeinsam ein Zeichen für eine grünere Zukunft zu setzen.





OFFEN GESAGT von Adrian Kainz

Historisch, aber aktueller denn je...

Sozialdemokratische Politiker in zahlreichen Ländern haben die politische Landschaft maßgeblich beeinflusst und wichtige Strukturen geschaffen, darunter Bildungs- und Gesundheitssysteme sowie Arbeitsrechte und soziale Sicherung.

Willy Brandt (Deutschland, 1969–1974 Bundeskanzler, SPD): Sein Ansatz des demokratischen Sozialismus und einer offenen Außenpolitik führte zu weitreichenden sozialen Reformen, zur Modernisierung des Bildungssystems sowie zum Ausbau der sozialen Sicherung. Seine Ostpolitik trug zur Entspannung und deutsch-deutschen Verständigung bei. Zudem förderte er den Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftsdialo- g über nationale Grenzen hinweg.

Pierre Mendès France (Frankreich, 1954–1955 Premierminister, Parti Radical-Socialiste): Er initiierte umfassende Wirtschafts- und Sozialreformen und investierte in die Modernisierung von Infrastruktur und Bildung.

Olof Palme (Schweden, Sozialdemokratischer Vorsitzender, Ministerpräsident 1969–1976 und 1982–1986): Palme etablierte ein ausgebautes Wohlfahrtsystem und legte besonderen Wert auf Gleichheit, Bildungsförderung und demokratische Teilhabe. Er stärkte Schwedens Position als Land mit umfassender sozialer Sicherheit und aktiver Außenpolitik.

Clement Attlee (Großbritannien, Premierminister 1945–1951, Labour Party): Unter Attlee wurden zentrale Sektoren verstaatlicht und bedeutende Maßnahmen im Bereich Renten- und Arbeitslosensicherung sowie Bildungswesen eingeführt.

Bruno Kreisky (Österreich, Bundeskanzler 1970–1983, SPÖ): Kreisky setzte auf einen demokratischen Sozialstaat mit Fokus auf Bildung, soziale Gerechtigkeit und Verwaltungsmodernisierung. Seine Regierung war geprägt durch die Stärkung des Wohlfahrtsstaates und eine aktive Außenpolitik, was das österreichische Verständnis von sozialer Sicherheit und Chancengleichheit nachhaltig festigte.

Helmut Schmidt (Deutschland, Bundeskanzler 1974–1982, SPD): Schmidt verfolgte sozialstaatliche Stabilität in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten, konsolidierte die Staatsfinanzen und investierte gezielt in Bildung und Infrastruktur. Er

stand für effektives Krisenmanagement sowie die Förderung von Arbeitnehmerrechten und sozialer Gerechtigkeit.

Relevanz sozialdemokratischer Errungenschaften heute: Bildung bleibt zentral für gesellschaftliche Teilhabe. Sozialdemokratische Reformen betonen Chancengleichheit angesichts Digitalisierung und demografischem Wandel. Soziale Ausgleichsmodelle fördern Innovation und verringern Ungleichheiten. Demokratische Partizipation und Transparenz sind Grundlage moderner Regierungsführung.

A u s b l i c k : Nachhaltige Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit bieten Orientierung für einen demokratischen Sozialstaat. Künftige Diskussionen sollten faire Ressourcenverteilung, Transparenz und Anpassung an technologische Veränderungen in den Fokus nehmen.

Hundezone in Bisamberg!

Die Notwendigkeit dieser Initiative wurde deutlich, da es immer wieder zu Konflikten kommt. Zudem kann die Hundezone zu einem wichtigen Treffpunkt für Kommunikation werden. Immerhin gibt es in Bisamberg rund 400 registrierte Hundebesitzer. Für dieses Projekt wurden über dreihundert Unterschriften gesammelt - ein herzliches Dankeschön an alle Unterstützer*innen! In einer Gemeindevorstandssitzung erhielt die SPÖ-Fraktion den Auftrag, sich um dieses Anliegen zu kümmern. In der ersten Phase wurden potenzielle Standorte geprüft,

wobei das Bauamt tatkräftig unterstützt hat. Ziel ist es, die Kosten möglichst gering zu halten und die Interessen der Anrainer zu berücksichtigen. Die Hundezone soll gut erreichbar sein und sich in der Nähe bestehender Infrastruktur, wie beispielsweise Wasseranschlüssen, befinden. Angesichts der angespannten finanziellen Lage ist dieses Projekt ein zukunftsweisendes Modell. Die SPÖ Fraktion wird die Planung weiter vorantreiben, dem Ausschuss sowie den Kolleginnen und Kollegen vorstellen und hofft auf die notwendige Unterstützung.



OFFEN GESAGT
von
Edith Jungwirth

**Die neuen Ideen des
Bildungsministers**

Die Bildungsdebatte wird derzeit von mehreren Themen beherrscht: das Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren, die Stundenkürzungen im Fach Latein und die Vergleichbarkeit von Schulen bei Testungen. Die österreichische Bundesregierung hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das das Tragen eines Kopftuches als religiöses Symbol für Schülerinnen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr verbietet. Die Bestimmungen treten mit 1. September 2026 vollinhaltlich in Kraft, und zwar mit der Begründung, die Unterdrückung und Einschränkung der Freiheit junger Mädchen hintanhalten zu wollen. Sollten Eltern von Mädchen, die diese Maßnahme nicht mittragen wollen, die Kooperation verweigern, drohen Geldstrafen bis zu 1.000 €. Um das Selbstbewusstsein muslimischer Mädchen zu stärken, sollen entsprechende Pro-

gramme zur Verfügung stehen. Der Verfassungsgerichtshof rechnet mit Klagen, die sich auf Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes beziehen, wie sie bereits 2020 stattgefunden haben. Um der neuesten Lehrplanreform und der damit verbundenen Stärkung der digitalen Kompetenzen Rechnung zu tragen, werden die Stundenkontingente für Latein in der AHS-Oberstufe von zwölf auf acht Stunden reduziert. Somit soll Raum für neue Fächer wie „Künstliche Intelligenz“ und „Medien und Demokratie“ geschaffen und der Informatikunterricht ausgebaut werden.

Während im klassischen Gymnasium vor allem Latein gekürzt wird, trifft es im Realgymnasium entweder Latein oder die zweite lebende Fremdsprache. So soll sichergestellt werden, dass Schüler in allen Zweigen gleichermaßen von den Stundenkürzungen betroffen sind, um Platz für die neuen Pflichtfächer zu machen. Auch hier wird auf die Schulautonomie verwiesen, die es ermöglichen soll, in anderen Bereichen als in Latein Stunden zu kürzen. Die Vergleichbarkeit von Schu-



len bei Testungen ist eine weitere Idee, mit der das Lehrpersonal konfrontiert ist. Aus eigener Erfahrung muss ich feststellen, dass Schüler*innen nicht durch standardisierte Testungen in Mathematik, Deutsch und den damit verbundenen Konsequenzen besser werden. Es gibt viele verschiedene Schultypen, und jede einzelne Schule verfolgt eigene pädagogische Konzepte. Die sich daraus ergebenden Testergebnisse bilden diese Vielfalt nicht ab und stellen daher die Vergleichbarkeit in Frage. Daten aus bisher stattgefundenen Testungen ergeben, dass die soziale Herkunft und damit die Einstellung zu Bildung einen erheblichen Einfluss auf den Schulerfolg hat. Aus diesen drei Neuerungen ergeben sich viele Fragestellungen und Kritikpunkte. Kann durch das Kopftuchverbot für unter 14-jährige Mädchen eine bessere Integration und eine freie Entscheidung über die eigene Identität im späteren Leben stattfinden? Ist das Kürzen eines humanistischen Faches als Basis für romanische Sprachen und wissenschaftliche Fachbegriffe sinnvoll? Kann ein Vergleich zwischen Schulen bei standardisierten Tests Defizite bei den grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen wettmachen?



Mitgliederjahreshauptversammlung



Anlässlich der Mitgliederhauptversammlung wurde auch der Vorstand neu gewählt. Ortsvorsitzender Martin Kernreiter, Stellvertreter Adrian Kainz und Rene Sellmeister. Wir konnten auch unseren Bezirksvorsitzenden Martin Peterl und den Bezirksgeschäftsführer Heinz Scheele begrüßen. Martin Peterl berichtete über die aktuellen Geschehnisse und die Maßnahmen der SPÖ im Bund und Land. Herzliche Gratulation den Funktionären zur Wieder- oder Neuwahl.

Der Vorstand mit Bundesrat und Bezirksvorsitzenden Martin Peterl. Vorstandsmitglieder: Renè Sellmeister, Adrian Kainz, Elisabeth Prohaska, Martin Kernreiter und Johann Strem



Ausbau des EVN Kraftwerks Korneuburg

Der Aus- und Umbau des EVN Kraftwerks Korneuburg zu einem modernen Energieknotenpunkt stellt eine zukünftige nachhaltige Wärmeversorgung sicher. Eine Großwärmepumpe nutzt Donauwasser und ein Biomasseheizwerk versorgt das Fernwärmenetz im Bezirk. Die erneuerbare Energie wird forciert und es erfolgt die Installierung von weiteren Großwärmepumpen.

<https://www.evn-waermekraftwerke.at/Waermekraftwerke/Kraftwerk-Korneuburg>



Baubeginn März 2026
Bauende Dezember 2027
Bauzeit 2 Jahre
Abbruchbeginn Oktober 2026
Abbau Kesselhaus und Schornstein Mai/Juni 2027



SPÖ Bisamberg,
2102 Bisamberg, Hauptstrasse 34
bisamberg@noe.spoe.at



www.bisamberg.spoe.at